

Aus der Praxiserfahrung für Leute in der Praxis : auf verschiedene Bedrohungsformen ausrichten

Autor(en): **Steinegger, Franz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **37 (1990)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-368053>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus der Praxiserfahrung für Leute in der Praxis:

Auf verschiedene Bedrohungsformen ausrichten

Ein an der alltäglichen und der politischen Praxis orientiertes Referat hielt der Urner Nationalrat Franz Steinegger. «Die Erwartungen des Parlamentes im Hinblick auf das Zivilschutzleitbild 95» war das Thema. Steinegger, der über Erfahrungen im Einsatz von Zivilschutzformationen bei Katastrophenfällen verfügt, räumte in seinem vielbeachteten Referat mit der Miesmacherei gegen den Zivilschutz gründlich auf. Zudem sprach er sich für eine grösstmögliche Friedensnutzung des Zivilschutzes aus.

Einleitend relativierte Franz Steinegger die Bedeutung des eidgenössischen Parlamentes in Zivilschutzfragen. Der Zivilschutz sei primär immer noch eine Sache der Kantone und Gemeinden, stellte er fest. Naturgemäss würden deshalb in der Bundesversammlung

Nationalrat Franz Steinegger*

weniger Geschäfte anfallen, die mit dem Zivilschutz zu tun hätten. Zudem seien die Mitglieder des Parlamentes in erster Linie durch Militärdienst Erfahrungen geprägt. Sicherheitspolitische Fragen würden daher eher unter dem militärischen Gesichtspunkt behandelt.

Strategie der Anti-ZS-Bewegung aus der «Mottenkiste»

Obwohl die Schweiz im internationalen Vergleich im Sektor Zivilschutz sicherheitspolitische Spitzenleistungen erbringe, werde diese Tatsache weitgehend teilnahmslos, teilweise sogar feindselig zur Kenntnis genommen, wusste Steinegger zu berichten. In diesem Zusammenhang gelte es zu beachten, dass die ideologisierte Anti-Zivilschutzbewegung im strategischen Denken der fünfziger Jahre stecken geblieben sei. Also in einer Zeit der Androhung massiver nuklearer Vergeltung und gegenseitiger nuklearer Abschreckung. Seit nunmehr bald 30 Jahren, nämlich seit 1961, habe sich indessen bei den Amerikanern die Doktrin der «flexible response» allmählich durchgesetzt, das heisst, der Verzicht auf den frühzeitigen massiven Einsatz von Atomwaffen zugunsten der Begrenzung der militärischen Operationen. Diese Strategie der «flexible response» verlange geradezu nach dem Zivilschutz, betonte Steinegger. In einem Szenario des begrenzten Krieges sei der Zivilschutz wegen der Nähe zum Gefechtsfeld von entscheidender Bedeutung. Die Schweiz sei eines der wenigen Länder, welches vernünftige Vorbereitungen getroffen habe für Bedrohungsszenarien unterhalb des atomaren Holocaust. Es sei daher schizo-



«Als Urner habe ich ohne Vorwarnung auch Naturkatastrophen in meine Überlegung einbezogen.»

phren, wenn die Anti-Zivilschutzbewegung den atomaren Holocaust zum Vorwand nehme, um gegen den Zivilschutz Stimmung zu machen. Die sogenannte «Beweisofferte» für die angebliche Nutzlosigkeit des Zivilschutzes sei deshalb in Wirklichkeit eine schizophrene Verrenkung.

Risikominderung durch Verzicht auf Vorsorge?

Weiter ging Steinegger auf den gesetzlichen Auftrag des Zivilschutzes ein, der auch die Hilfeleistung bei Katastrophen in Friedenszeiten vorsieht. Dabei äusserte er sich kritisch zur Tendenz, vor allem in städtischen Gebieten unter dem Begriff «Katastrophe» nur technologisch bedingte Grossunfälle zu sehen und die natürlichen Katastrophen zu vernachlässigen. Gegen eine Vernachlässigung dieser Risiken spreche allein schon die Tatsache, dass sowohl Naturkatastrophen als auch technologische Grossunfälle weltweit trotz

kleinem Anteil am Gesamtrisiko steigende Tendenz erkennen liessen und dass insbesondere ein steigendes Schadenpotential festzustellen sei. Dazu Franz Steinegger als Vertreter eines Bergkantons: «Im Kanton Uri haben wir aufgrund der Beobachtungen während Jahrzehnten ein etwa gleichbleibendes Gefahrenpotential bei steigender Schadenanfälligkeit festgestellt. Als Urner habe ich ohne Vorwarnung auch Naturkatastrophen in meine Überlegungen einbezogen und bringe damit zum Ausdruck, dass bei uns die selektive Fixierung auf Krieg und technologische Grossunfälle nicht dem durchschnittlichen Erfahrungsschatz entspricht, obwohl wir Urner mit den

Staudämmen höheren technologischen Risiken ausgesetzt sind als beispielsweise die Nachbarn eines Kernkraftwerkes und einer Chemieanlage.» Aus dieser Erfahrung heraus sei sowohl die Vorsorge gegen Naturkatastrophen als auch gegen technologische Grossunfälle zwingend notwendig, betonte Steinegger.

ZS-Leitbild 95 auf verschiedene Bedrohungsformen ausrichten

Mit der abnehmenden Gefahr eines bewaffneten Konfliktes komme eine primär auf diese Situation ausgerichtete Organisation in Probleme, gab Franz Steinegger zu bedenken. Die Akzeptanz des Zivilschutzes in der Bevölkerung verringere sich. Dabei handle es sich bei dieser Änderung der Einstellung vieler Bürger keineswegs um schlechten Willen. Jedoch sei die Motivation für eine weit entferntere Bedrohung geringer und der rationelle Mitteleinsatz könne in Frage gestellt wer-

den. Manchmal sei in den vergangenen Jahren auch der Eindruck aufgekommen, dass gewissen ZS-Kadern die Konzentration auf den bewaffneten Konflikt gerade recht gewesen sei, um «zivilen Schlendrian», der bei der Beschäftigung mit anderen Bedrohungsfaktoren hätte entstehen können, zu vermeiden. Das Zivilschutzgesetz habe dem bewaffneten Konflikt bisher denn auch klare Priorität eingeräumt. Andere Bedrohungsformen würden nur in einer «Kann-Vorschrift» erwähnt. Bereits heute wäre indessen eine verstärkte Ausrichtung auf andere Bedrohungsformen legal und sachlich notwendig. Die fast elitäre Ausrichtung auf ein gegenwärtig kleines Risiko, nämlich den bewaffneten Konflikt, sei sicher falsch.

Auch primäre Aufgaben für den ZS

Bezüglich der Einsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes in Friedenszeiten (in der Regel zweite Staffel) bestehe noch heute eine Informationslücke, bemängelte Steinegger. Gerade fundamentalistische Zivilschutzkritiker hätten – wahrscheinlich bewusst – die komplexe oder subsidiäre Funktion des Zivilschutzes in Friedenszeiten unterschlagen, um dem Zivilschutz mangelnde Einsatzbereitschaft vorwerfen zu können. Es brauche deshalb unvoreingenommene Information über das, was der Zivilschutz in Friedenszeiten neben anderen Rettungsorganisationen könne und können müsse.

«Wir haben im Kanton Uri bei allen Grossereignissen den Zivilschutz grundsätzlich als zweite Staffel einge-

setzt», berichtete Franz Steinegger von seinen Erfahrungen als Stabschef des zivilen kantonalen Führungsstabes Uri (KAFUR). Daneben gebe es aber auch Aufgaben, bei denen dem Zivilschutz auch in Friedenszeiten eine prioritäre oder primäre Aufgabe zukomme. Konkret: Die zivilen Schutz- und Wehrorganisationen verfügten zum Beispiel nicht über die Kapazität zur Vorbereitung und Durchführung grosser horizontaler Evakuierungen, wie sie unter Umständen bei Chemieereignissen notwendig sein könnten. Der Zivilschutz dürfe sich in Zukunft nicht mehr ausschliesslich mit der vertikalen Evakuierung befassen («Tauchen» in die Schutzräume), sondern müsse auch horizontale Verschiebungen in die Dispositive einbeziehen. Der Dienstbereich Schutzraumorganisation mit den Quartierchefs und Blockchefs sei prädestiniert, auch horizontale Massnahmen vorzubereiten und durchzuführen. In gewissen Lagen komme der Information eine entscheidende Bedeutung zu. Das immer wieder propagierte Radio sei zwar ein rasches und wirksames Medium, aber ohne dezentralisierte Auskunftsstellen in Quartieren in Ergänzung zur zentralen Information mittels elektronischer Medien gehe es indessen nicht. Auch in diesem Bereich stelle sich eine Aufgabe für die Quartier- und Blockchefs. Dabei sei jedoch von der Katastrophenleitung sicherzustellen, dass diese Auskunftsstellen mit qualifizierten Informationen beliefert würden.

Franz Steinegger ging noch auf verschiedene andere denkbare Primäreinsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes ein wie die permanente Sicherstellung der Lageübersicht und der Entscheidungsfunktion in kleinen Gemeinden oder die Organisation des Freiwilligeneinsatzes bei grösseren Katastrophenereignissen.

Viel Reformarbeit erforderlich

Eines spürte man deutlich: Franz Steineggers Ausführungen orientierten sich an den praktischen Erfahrungen des Alltags. Obwohl er die weitgehende Gemeinde- und Kantonsautonomie in Zivilschutzbelangen in keiner Weise in Frage stellte, wünscht er in vermehrtem Mass die Wahrnehmung von Verantwortung durch Bundesstellen bei Grossereignissen. Dieser Führungsbedarf bedeute nicht Befehl oder Übernahme der Leitung, sondern vielmehr Präsenz, Beratung, Information und Koordination, stellte Steinegger klar. Der Urner Nationalrat ging auch auf den möglicherweise sehr rasch zu vollziehenden Wechsel zwischen Normallagen mit ausgebauten zivilen Schutz- und Rettungsdiensten und abgeschlossener Mobilisierung von Armee und Zivilschutz ein. Er erinnerte daran, dass es sich bei den Angehörigen ziviler Schutzorganisationen (beispielsweise Feuerwehr) um teilweise militärdienst-

Résumé

Les attentes du Parlement par rapport au plan directeur 95 de la PCI

Partisan d'une utilisation aussi large que possible de la PCI en temps de paix, M. F. Steinegger a relativisé le rôle du parlement pour les questions relevant de la protection civile. Celle-ci est encore l'affaire des cantons et des communes.

Stratégie du mouvement anti-PC

On peut remarquer que ce mouvement politisé en est resté à l'esprit des années cinquante, soit à l'époque où l'on pouvait encore craindre une attaque nucléaire massive. Depuis 30 ans c'est la doctrine de «la réponse flexible» qui est celle de la renonciation à l'utilisation massive de l'arme atomique à titre préventif. Les preuves avancées par les «anti-PCI» d'un holocauste atomique est à considérer comme une obstination de type schizophrénique.

Réduire le risque en renonçant à la prévention

La tendance actuelle voudrait que l'on ne considère comme «catastrophe» que les graves sinistres dus à des défaillances technologiques, en négligeant quelque peu les catastrophes naturelles. Malgré le faible pourcentage qu'elles représentent par rapport à l'ensemble des risques, les catastrophes naturelles (comme technologiques) marquent dans le monde entier une importante progression, se caractérisant par une augmentation du montant des dégâts.

Pour l'orateur, il apparaît donc clairement que la prévention demeure d'une nécessité absolue.

Orienter le plan directeur 95 sur diverses formes de menace

A plusieurs reprises on a pu avoir l'impression, ces dernières années, que la menace centrée sur un conflit armé convenait parfaitement à certains cadres de la PCI, afin d'éviter «tout désordre civil» si l'on s'était encore préoccupé d'autres facteurs de menace. La loi elle-même donne clairement (jusqu'ici) la priorité au conflit armé. La concentration élitaine sur un risque de conflit armé est une position erronée.

Priorité à l'intervention en temps de paix

Il y a un flagrant manque d'information sur les possibilités d'intervention de la PCI en temps de paix, déplore M. Steinegger. Ce sont ceux qui critiquent le plus radicalement la PCI qui ont sans doute sciemment passé sous silence la fonction subsidiaire de la PCI en temps de paix, afin de reprocher à cette dernière de ne pas être assez préparée à l'intervention.

Une réforme en profondeur est nécessaire

Bien qu'il ne soit en aucune façon question de remettre en cause l'autonomie cantonale et communale, M. Steinegger demande aux autorités fédérales de prendre mieux conscience de leurs responsabilités. Il s'agit surtout d'offrir davantage de conseils, d'informations et d'efforts de coordination.

La PCI est prise en sandwich entre les besoins de l'armée et la limite d'âge. En temps de paix elle ne peut accomplir que des tâches subsidiaires. Par conséquent l'exigence de la flexibilité est aujourd'hui la principale revendication qu'il convient d'adresser à la protection civile. ▲

pflichtige Leute handle, auf die von Seiten der Armee weder in Kriegs- noch in Friedenszeit verzichtet werden könne. Insbesondere in Zeiten, zu denen Teile der Armee aufgeboden würden, der Zivilschutz jedoch (noch) nicht mobilisiert sei, könnten sich bei den zivilen Diensten personelle Engpässe und auch Engpässe in bezug auf die Nutzung des verfügbaren Materials ergeben. Diese Dienste könnten und

müssten weiterhin funktionstauglich bleiben, wenn das Material und teilweise auch das Personal in den Zivilschutzdienst integriert würde. Abschliessend bemerkte Steinegger, der Zivilschutz habe es nicht einfach. Er sei eingeklemmt zwischen Bedürfnissen der Armee und der Altersbegrenzung. In Friedenszeiten könne er nur subsidiäre Aufgaben erfüllen. Gleichzeitig würden bei neuen Bedro-

hungsformen Erwartungen in den Zivilschutz gesetzt. Bei derartigen Rahmenbedingungen sei ein hohes Mass an Flexibilität bezüglich der Auftragsumschreibung und Organisation notwendig. Die Forderung nach Flexibilität sei heute wohl der wichtigste Anspruch, der an die Adresse des Zivilschutzes formuliert werden müsse. ▀

Riassunto

Nell'ambito della giornata della protezione civile di Thun, dal 23 al 25 agosto, Franz Steinegger, consigliere nazionale del Cantone di Uri, ha tenuto una relazione imperniata sulla prassi quotidiana e sulla prassi politica. Tema della relazione sono state «Le aspettative del Parlamento in merito a «Protezione civile 95»». La relazione di Franz Steinegger, che dispone di grandi esperienze nel settore dell'intervento di formazioni civili in caso di catastrofi, ha messo ampiamente in breccia le critiche mosse nei confronti della protezione civile. L'oratore si è inoltre espresso a favore di un più vasto contributo della protezione civile nei periodi di pace. Secondo Franz Steinegger la protezione civile rimane soprattutto un settore di competenza dei Cantoni e dei Comuni, ragione per la quale sono pochi i casi nei quali l'Assemblea federale ne viene a parlare.

Strategia «tarlata» del movimento anti-PCI

Anche se nel raffronto internazionale la Svizzera ha ottenuto nel settore

della protezione civile risultati primati dal profilo della politica di sicurezza, questo fatto non suscita particolare interesse, anzi piuttosto inimicizia. In questo contesto, aggiunge Franz Steinegger, occorre osservare che il movimento anti-PCI è rimasto arenato sulle strategie degli anni cinquanta. Da quasi oltre trent'anni, ossia dal 1961, negli Stati Uniti si è imposta la cosiddetta dottrina della «flexible response», in altri termini della rinuncia all'impiego tempestivo e massiccio di armi nucleari a favore di una limitazione delle operazioni militari.

È possibile diminuire il rischio rinunciando alla prevenzione?

Franz Steinegger ha ribadito che, sulla scorta dell'esperienza delle catastrofi del maltempo nel Cantone di Uri, è assolutamente necessario premunirsi sia contro le catastrofi naturali, sia contro gli incidenti tecnologici maggiori.

La protezione civile ha anche compiti primari

Per quanto concerne le possibilità di intervento della protezione civile nei periodi di pace (di norma come secondo scaglione) esiste oggi una lacuna informativa. È probabilmente a

disegno che i critici fondamentalisti della protezione civile hanno dissimulato la funzione complementare o sussidiaria della protezione civile nei periodi di pace per poter censurare l'assenza di prontezza di intervento. Occorre pertanto un'informazione oggettiva su quanto la protezione civile può o dovrebbe potere in tempo di pace a lato di altre organizzazioni di soccorso.

Per concludere Franz Steinegger ha osservato che la protezione civile non ha la vita facile, stretta com'è tra le esigenze dell'esercito e il limite di età. In tempo di pace può assumere unicamente compiti sussidiari. Nel contempo le si impongono nuove aspettative in funzione delle nuove forme di minaccia. Considerate queste condizioni quadro occorre una grande flessibilità nell'enumerazione dei compiti e nell'organizzazione. Attualmente l'esigenza di flessibilità è certamente la più importante che si possa rivolgere alla protezione civile. ▀

Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié - caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc. Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime.

Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021 32 92 90
Succursales: Münsingen BE,
Hofstetten SO, Degersheim SG,
Dielsdorf ZH, Gordola TI
Küssnacht am Rigi, Samedan

KRÜGER